

Karl-Heinz Paqué

Zurück zum Fortschritt

Die klassische liberale Agenda ist weitgehend abgearbeitet. Der Wettbewerb ist fest etabliert. Was an Freiheiten erreicht worden ist, muss natürlich gesichert werden. Zum positiven liberalen Leitmotiv könnte der Fortschritt werden. Er hat zu wenige Anwälte.

Siegeszug der Freiheit: So oder ähnlich könnte eines Tages die Überschrift für die Weltgeschichte seit Mitte der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts lauten, und zwar politisch und wirtschaftlich. In Mittel- und Osteuropa – einschließlich des Ostens Deutschlands – brach der in jeder Hinsicht freiheitsfeindliche Kommunismus zusammen; in Südamerika wurden Militärdiktaturen durch Demokratien ersetzt und hohe Zollmauern abgebaut; in Ostasien gab es einen Aufstieg der Wirtschaftsfreiheit, auch wenn in China demokratische Reformen auf sich warten lassen; und in allerjüngster Zeit lösen sich selbst der Nahe Osten und Afrika, lange Zeit die Horte des Despotismus, Schritt für Schritt aus dem Zangengriff eines totalitären Islamismus beziehungsweise der autoritären Willkürherrschaft von selbsternannten Diktatoren.

Es ist merkwürdig, dass diese globalen Erfolge von Freiheit und Marktwirtschaft hierzulande keineswegs zur Belebung eines freiheitsbewussten Lebensgefühls geführt haben. Im Gegenteil: Je mehr Freiheit herrscht, umso weniger wird sie gewürdigt. Das scheint fast so etwas wie ein gesellschaftliches Gesetz zu sein, zumindest in Deutschland, aber auch in vielen anderen Industrienationen, die über gefestigte demokratische Traditionen und marktwirtschaftliche Ordnungsbedingungen verfügen. Der anthropologische Grund dafür ist vielleicht sogar ganz einfach: Die Menschen haben ein kurzes Gedächtnis; sie werden völlig in Anspruch genommen von der Bewältigung der alltäglichen Herausforderungen, vor denen sie stehen; sie beschränken das Nachsinnen über die dunkle Zeit der Unfreiheit auf jene wenigen Gedenktage, zu denen in zumeist salbungsvollen Worten die Opfer früherer Zeiten zum Gegenstand einer eher verordneten als gelebten Erinnerung werden.

Es scheint fast ein Gesetz: Je mehr Freiheit herrscht, umso weniger wird sie gewürdigt.

Den Alltag beherrschen dagegen die Sorgen und Ängste der Freiheit, und die gibt es natürlich zuhauf. Mehr als das: Eigentlich entstehen viele von ihnen erst durch die Freiheit mit ihrer Fülle von unübersichtlichen Optionen – und mit der immer wiederkehrenden Frustration, dass in einer Marktwirtschaft zwar alles zu haben ist, aber alles auch Geld kostet und erarbeitet werden muss. „There is no free lunch“, das ist keine angenehme Erkenntnis. Und gerade die Freiheit der Wahl macht erst die Begrenztheit der eigenen Macht schmerzlich bewusst; denn es gibt in der Freiheit keine Instanz, der einfach die Schuld dafür zuzuschreiben ist, dass nicht alle hochfliegenden Pläne im persönlichen Leben Wirklichkeit werden. Joachim Gauck hat dies mit Blick auf die deutsche Einheit treffend in seiner Berliner Rede zur Freiheit formuliert, als er sagte: „Die Ostdeutschen haben vom Paradies geträumt und sind in Nordrhein-Westfalen aufgewacht.“

Dabei zeigt sich die Frustration der Freiheit nicht nur im Zuge der großen Systemwechsel der vergangenen Dekaden. Sie zeigt sich auch bei vielen einzelnen Schritten der Liberalisierung. Dies gilt selbst dann, wenn diese Schritte die Lebensbedingungen der Bürger ganz offensichtlich verbesserten. So kann niemand heute in Deutschland ernsthaft bezweifeln, dass die Liberalisierung der Märkte für Telekommunikation, die schon in den achtziger Jahren begann, für die Menschen viele positive Früchte brachte. Denn ohne diese Marktöffnung wären die enormen neuen Möglichkeiten der Informationsgesellschaft für Konsumenten und Produzenten ungenutzt geblieben. Der Rückzug des Staates, der seinerzeit politisch vehement bekämpft wurde, erwies sich als eine wichtige Weichenstellung hin zu einer Kompletzierung der Marktwirtschaft in einem Gebiet, in dem zuvor die harte öffentliche Hand als Monopolanbieter tätig war. Es ist bezeichnend, dass diese großartige Erfolg heute der liberalen Marktwirtschaft als positive Leistung zugeschrieben wird.

Analoges gilt am Arbeitsmarkt für die Flexibilisierung des Flächentarifvertrags, die sich in einem mühsamen, aber doch erfolgreichen Prozess in den vergangenen beiden Dekaden in Deutschland vollzog, vor allem auch im Zuge der deutschen Einheit. Sie ebnete – zusammen mit der Hartz-Gesetzgebung und dem Druck der Globalisierung – den langfristigen Weg aus der Massenarbeitslosigkeit. Die erreichte Absorptionskraft des Arbeitsmarkts wird aber keineswegs als Erfolg einer freiheitlich orientierten Wirtschaftspolitik gewürdigt, sondern vielmehr als eine Art bedauerlicher Preis des Wettbewerbs zähneknirschend hinge-



Flügel der Freiheit? Wo Freiheit schon herrscht, scheint sie vielen Menschen nicht mehr beflügelnd und verlockend sondern eher beängstigend. (Ölgemälde von Henri Rousseau, Die Freiheit lädt die Künstler ein, 1905)

Foto AKG

nommen. Lediglich im Ausland staunt man über die gewonnene Flexibilität des deutschen Modells der Sozialen Marktwirtschaft. Mehr als das, man wünscht sich zum Teil Ähnliches für die eigenen Nationen, wo die unveränderte Überregulierung des Arbeitsmarktes zum Teil dramatische Konsequenzen hat, allen voran eine sehr hohe Jugendarbeitslosigkeit.

Gerade die Kombination aus Erfolgen der Liberalisierung und Vergesslichkeit der Menschen, die wir hierzulande beobachten, schafft für die politischen Parteien in Deutschland ein paradoxes Problem: Mit Freiheit wird es zunehmend schwerer, beim Wähler zu punkten. Es kann deshalb nicht wirklich überraschen, dass die meisten politischen Parteien das Schwergewicht ihrer werbenden Programmatik verschoben haben, und zwar weg von der Freiheit und hin zum Umgang mit den Ängsten, die das moderne Leben in einer globalisierten Welt mit sich bringt. Dies wird in der Sprache der Politikwissenschaft in Deutschland als „Linksruck“ der Parteienlandschaft wahrgenommen. Und tatsächlich finden sich in den letzten Jahren zunehmend Wahlversprechen, die Menschen durch den Staat vor der Zugluft der Freiheit zu schützen – ein klassisches „linkes“ politisches Thema.

Der sogenannte Linksruck zeigt sich am deutlichsten auf der konservativen Seite des politischen Spektrums. So erleben CDU und CSU seit einiger Zeit etwas, für das die Beobachter zu Recht den Begriff „Sozialdemokratisierung“ erfunden haben. Ein ähnlicher Trend nach links zeigt sich aber auch bei der SPD, die von eigenen früheren Reformen – Stichwort: Agenda 2010 – zunehmend abzurückt. Er zeigt sich daneben bei den Grü-

nen, die gerade eine Renaissance ihrer klassischen „linken“ Themen erleben: Umwelt- und Energiepolitik sowie Kampf gegen den Finanzkapitalismus. Und er zeigt sich beim sozialistischen Flügel des politischen Spektrums, bei der Partei Die Linke, die neuerdings geradezu provozierend antimarktwirtschaftlich auftritt.

Gleichwohl ist es ein wenig irreführend, in diesen Trends ausschließlich ei-

Immer mehr Parteien versprechen, die Bürger vor der Zugluft der Freiheit zu schützen.

nen Linksruck zu diagnostizieren. Denn die Suche nach Schutz vor den globalisierten Marktkräften hat ein programmatisches Gegenstück im eher „rechten“ Populismus. Auch dieser findet in unterschiedlichen Formen Anklang, vom Rechtsradikalismus einer NPD bis hin zu Wählergemeinschaften und ad hoc gegründeten Parteien, die sich mit einer Mischung von durchdachten Argumenten und fragwürdigen Stammtischparolen vom politischen Establishment distanzieren. Hinzu kommen ganz neue Parteien wie die Piraten, bei denen es sogar schwerfällt, sie überhaupt in irgendeiner Form im Rahmen der üblichen politischen Geographie einzuordnen. Sie sind scheinbar betont freiheitlich orientiert – als anarchische Rufer nach völlig sorgloser Nutzung aller Möglichkeiten der

modernen Kommunikationstechnologien, und zwar einschließlich des geistigen Diebstahls. Gleichzeitig verlangen sie aber eine weitreichende Grundversorgung der Menschen, und zwar ausgerechnet durch jenem Staat, dem sie noch nicht einmal den Schutz der Eigentumsrechte zubilligen.

Klar ist bei alledem: Eine klassische liberale Partei, die wie die FDP von ihrer politischen Grundidee her die Freiheit selbst ins Zentrum ihrer Programmatik rückt, kommt unter diesen Bedingungen in schwierigen Fahrwasser. Sie hat dabei die Erfahrung gemacht, dass es nicht genügt, die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft als politische Zielsetzung zu reaktivieren. Der Grund ist einfach: Zu den Zeiten Ludwig Erhards war Deutschland im Grunde erst auf dem Weg zu einer kompletten marktwirtschaftlichen Ordnung – und nicht wie heute längst mittendrin. So gab es in den fünfziger Jahren außenwirtschaftlich noch keinen weiträumigen Freihandel mit globalisierten Finanzmärkten und allseitig freier Konvertibilität der Währung; binnenwirtschaftlich herrschten noch immer die stark kartellierten Industriestrukturen, die aus Kaiserreich und Weimarer Republik ererbt wurden; breite wettbewerbliche Ausnahmebereiche – von der Post über die Bahn bis zu den Versorgern – waren noch fest etabliert; harte Buchpreisbindungen galten noch als unantastbares Gewohnheitsrecht einer patriarchalischen Kulturpolitik; und das Tarifkartell war flächendeckend wirksam. Kurzum: Es standen noch riesige Aufgaben der Liberalisierung bevor – eine fruchtbare Agenda für freiheitlich gesinnte Politiker, um Programme und Ziele zu formulieren.

Heute ist diese Agenda weitgehend abgearbeitet und der Wettbewerb fest etabliert. Eine ganz entscheidende Rolle bei seiner praktischen Durchsetzung hat dabei die Globalisierung gespielt. Sie zwang die Politik zur Anpassung; und sie zerstörte auf Güter-, Arbeits- und Finanzmärkten die Chancen für eine erfolgreiche Kartellierung gleich welcher Art. Dies geschah selbst in jenen Bereichen, in denen die Anzahl der nationalen Wettbewerber stets relativ klein war und sogar noch abnahm, wie zum Beispiel in der Automobilbranche, wo es nur noch ganz wenige große deutsche Hersteller gibt, die aber auf dem offenen Weltmarkt äußerst hart miteinander konkurrieren, zum Wohl der Nachfrager. Was an Freiheit erreicht worden ist, muss natürlich gesichert und verteidigt werden. Auch dies ist eine ganz wesentliche Aufgabe für den politisch organisierten Liberalismus. Dies gilt umso mehr, als zwar die allgemeine Akzeptanz des Wettbewerbs seit den fünfziger Jahren eher zugenommen hat, aber gerade in den vergangenen Jahren ein verstärkter Druck entstanden ist, in besonderen Fällen die erreichte Liberalisierung wieder systematisch zurückzudrehen. Das aktuellste Beispiel dafür ist die Diskussion um die Einführung eines branchenspezifischen Mindestlohns. Allerdings ist der Kampf für den Erhalt des Bestehenden eine eher defensive Zielsetzung, die weit weniger intellektuelle, politische und emotionale Dynamik mobilisiert als das Nachdenken über das Neue.

Um eine solche Dynamik zu erreichen, braucht es Zukunftsweisendes. Dabei steht der Liberalismus seinem Wesen nach vor einer grundsätzlichen Schwierigkeit: Der Kampf für die Freiheit ist zunächst einmal ein Kampf für eine offene Bürgergesellschaft, in der nicht der Staat, sondern die Menschen als mündige Bürger selbst ihre Ziele formulieren und umzusetzen suchen. Die großen liberalen Sozialphilosophen – von Isaiah Berlin über Friedrich August von Hayek bis zu Karl Popper – haben deshalb auch stets zu Recht das Konzept der negativen Freiheit, also der Freiheit von obrigkeitstaatlichem Zwang, in den Vordergrund ihrer Überlegungen gerückt und nicht die Freiheit zum konkreten Handeln. Was gesellschaftlich dabei konkret herauskommt, ist grundsätzlich offen. Genau dies ist auch die tiefere ethische Begründung der Marktwirtschaft. Die „Anmaßung des Wissens“ (Hayek) ist für die Menschen eine stete Verführung, aber die Politik muss ihr widerstehen. Es kann deshalb in einem liberalen Weltbild letztlich niemals um mehr gehen als um die positive Vision einer glücklicheren Zukunft der Menschheit, ohne allzu präzise Spezifikation, wie diese im Einzelnen aussieht.

Gerade aus diesem Gedanken heraus lässt sich aber doch für den Umgang des Liberalismus mit den großen Herausforderungen unserer Zeit einiges ableiten. Es geht dabei um den Fortschritt selbst als liberales Leitmotiv in einer globalisierten Welt. Tatsächlich ist die Idee des Fortschritts als positives, optimistisches Ziel einer modernen Industriegesellschaft in den aktuellen Programmen der (nichtliberalen) Parteien in Deutschland kaum noch zu finden, seien sie nun christlich-konservativ, sozialdemokratisch, grün oder sozialistisch. Der Grund: Es herrscht ein tiefest pessimistischer Geist der Erhaltung des Bestehenden und der Angst vor Veränderung. Zentrales Anliegen der nichtliberalen Parteien in Deutschland ist es längst, einen Schutz zu bieten vor den Kräften des Wandels. Sieht man von der äußersten Linken ab, werden diese Kräfte zwar akzeptiert, aber ihre Folgen werden als bedrohlich eingestuft.

Vor allem werden die Chancen für eine gestalterische Bewältigung der Aufgaben durchweg skeptisch beurteilt. Für einen kontinuierlichen Fortschritt der Menschheit ist da kein Platz und keine Zeit mehr, genauso wenig wie für „normales“ wirtschaftliches Wachstum. Tatsächlich werden die Chancen für ein solches Wachstum inzwischen nicht nur mehr von Grünen, sondern auch von sozialdemokratischen und konservativen Vordenkern – allen voran Meinhard Miegel – extrem pessimistisch beurteilt.

Die gedankliche Vorgehensweise ist dabei einfach: Es wird eine fundamentale Bedrohung der Welt durch Wachstum postuliert oder auf der Grundlage von Computermodellen – scheinbar objektiv – berechnet, und zwar für prognostische Zeiträume von atemberaubender Länge. Aus dieser Erkenntnis heraus wird dann ein radikaler Befreiungsschlag gefordert, also eine fundamentale Umkehr der Werte und Lebensgewohnheiten, schnellstmöglich und durchgreifend. Dieser muss dann natürlich vom Staat massiv gelenkt werden, und zwar durch Ge- und Verbot, zusätzliche Besteuerung, gezielte Industriepolitik und moralische Appelle. Dieser Forderungskatalog bewegt sich derzeit noch weitgehend auf der Ebene des vorpolitischen intellektuellen Diskurses, ist aber doch schon dabei, über diverse Gremien und Kommissionen auch den politischen Raum zu erobern.

Hinter dieser Fortschritts- und Wachstumskepsis steht eine Vorstellung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung, die sich als „mechanistisch“ bezeichnen lässt. Danach besteht Wachstum vor allem aus dem Verbrauch von Ressourcen der Erde, einschließlich der Stabilität des Klimas, und der (Ab-)Nutzung menschlicher Arbeitskraft und -energie. Diese Diagnose ist im Wesentlichen eine intellektuelle Neuauflage der „limits to growth“, wie sie erstmalig Thomas Malthus Ende des 18. Jahrhunderts mit Blick auf die landwirtschaftliche Nutzfläche anstieß und der „Club of Rome“ vor vierzig Jahren mit Blick auf die globalen Rohstoffvorräte wiederaufleben ließ.

Die richtige Antwort auf die damalige Wachstumskepsis fiel allerdings anders

Die Innovationskraft wecken: Durch einen Ordnungsrahmen, der motiviert, nicht entmutigt.

aus. Es war nämlich das Entstehen neuen Wissens in Form von technischem, wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt, das nachhaltig half, die Grenzen des Wachstums zu vermeiden und damit die Ressourcenknappheit der Welt und steigenden Wohlstand der Armen in Einklang zu bringen. Genau dies geschah dann auch: Weder im Verlaufe des 19. Jahrhunderts (nach Malthus) noch im Verlaufe der letzten vier Jahrzehnte (nach dem Club of Rome) kam das Wirtschaftswachstum zum Stillstand. Im Gegenteil, gerade die marktwirtschaftlichen Mechanismen der schrittweisen Anpassung beförderten eine Weiterentwicklung, von der kein Wirtschafts- und Sozialhistoriker behaupten würde, dass es sich nicht um einen Fortschritt handelte.

Niemand kennt die Zukunft. Aber es spricht wenig dafür, dass es plötzlich in der Weltgeschichte ein unüberwindliches Stoppsignal der Entwicklung geben sollte. Stattdessen deutet alles auf eine weitere neue große Herausforderung, nämlich das Wachstum und Aufholen von mehr als der Hälfte der Menschheit, die von der industriellen Revolution seit dem 19. Jahrhundert als Arme der Welt zurückgelassen worden waren. Das ist eine großartige Entwicklung, fast schon die Erfüllung eines Menschheitstraums. Aber eben auch eine Herausforderung, die es zu bewältigen gilt, und zwar nicht durch angesteuerte, staatlich verordnete Radikalkuren, sondern durch eine pragmatisch angepasste Ordnungspolitik des Staates sowie die Anpassungsfähigkeit der industriellen Wirtschaft und vor allem die Mobilisierung der menschlichen Innovationskraft. Davon gibt es auch in der alternden Gesellschaft mit hoher Lebenserwartung mehr als genug, auch wenn die Ängste dies ganz anders sehen. Man muss diese Innovationskraft nur wecken: durch einen Ordnungsrahmen, der die Menschen motiviert und nicht entmutigt.

Es gibt also auch heute viel Platz und Aufgaben für die Freiheit. Unsere Gesellschaft ist noch lange nicht am Ende der Möglichkeiten, die eine politische Philosophie des „piecemeal engineering“ (Karl Popper) erlauben. Ganz im Gegenteil, nur durch ständiges, aber schrittweises Lernen können wir das nötige Wissen erwerben, um nachhaltigen Fortschritt zu erreichen und nicht wieder Opfer staatlicher Großexperimente zu werden. Dies deutlich zu machen ist die alte – und neue – Aufgabe freiheitlichen Denkens.

Eine längere Fassung des Beitrags erscheint demnächst in der Zeitschrift „liberal“.

Der Autor



Karl-Heinz Paqué hat sein Forschungsobjekt, den Aufholprozess der neuen Länder, vor der Haustür. Der Ökonom lehrt

Volkswirtschaft an der Universität Magdeburg. Seine Erkenntnisse bringt er auch in die Euro-Debatte ein, die Südländer haben ja ähnliche Nöte. Doch lässt ihn auch die Politik nicht los, aus der er sich nach einem tiefen Abstecher – vier Jahre FDP-Finanzminister in Sachsen-Anhalt – öffentlich zurückgezogen hat. Paqué leidet am Schwund seiner Partei. Im Hintergrund müht er sich daher nach Kräften, Programm und Profil der Liberalen zu schärfen. (hig.)